

INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



Sozial- demokratie

Klaus Detterbeck **Die Labour Party**
unter Jeremy Corbyn Kristina Meyer

Die Sozialdemokratie in Anbetracht
des Rechtspopulismus Thomas

Nowotny **Die notwendige Sozial-**
demokratie Thomas Greven

Linke Perspektiven in den USA

Christoph Butterwegge **Aufstehen**

DETAILLIERTE, DIFFERENZIERTE UND ERSTMALIGE DARSTELLUNG DER DDR-KULTURGESCHICHTE



Gerd Dietrich
**Kulturgeschichte
der DDR**

2018. 2.494 Seiten, mit 11 Abb.,
gebunden in drei Bänden
€ 120,00 D
ISBN 978-3-525-30192-0

eBook 99,99 D
ISBN 978-3-647-30192-1

Die Kulturgeschichte der DDR wurde von Gegensätzen geprägt. Vor dem Hintergrund ihrer antifaschistischen bzw. sozialistischen Ideologie entstand im Spannungsfeld traditioneller Konzepte und revolutionärer Aktivismen ein weites kulturelles Feld, das unter östlichem wie westlichem Einfluss stand. In dem dreibändigen Werk, das den Kulturgeschichten der Bundesrepublik ein Pendant für die DDR zur Seite stellt, analysiert der Autor die charakteristischen Entwicklungen der Alltags- und Populär-, der politischen sowie hohen Kultur. Er erörtert die kulturelle Substanz der ostdeutschen Gesellschaft und zeichnet ein Bild des widerständigen Potentials ihrer Kultur zwischen Tradition, Innovation und Repression.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage

www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com



EDITORIAL

≡ Jens Gmeiner / Matthias Micus

Für einen Parteienforscher, so lautete schon vor Jahren ein Bonmot am Institut für Demokratieforschung, ist die Beschäftigung mit der Sozialdemokratie eine Jobgarantie. Denn in Krisenzeiten sucht die Öffentlichkeit nach Erklärungen, erschallt der Ruf nach wissenschaftlicher Expertise – und Krise ist bei der Sozialdemokratie immer.

Insofern geht dem Analytiker des Sozialdemokratischen die Arbeit nie aus. Einerseits. Andererseits wiederholt sich vieles, weisen die Krisen von gestern und heute zahlreiche Ähnlichkeiten mit jenen von vor- und vorvorgestern auf. Ständig originelle, bisher unbekannte Deutungen zu ersinnen, fällt angesichts dessen nicht leicht. Das gelangweilte Schulterzucken ist die Kehrseite der Omnipräsenz. Und auch die Ankündigung des Schwerpunktes der vorliegenden Ausgabe der INDES mag bei manchem für Augenrollen und Verwunderung gesorgt haben – zu vorhersagbar das Geschriebene, zu oft gelesen, zu oft schon formuliert und diskutiert.

Doch soll in diesem Heft eben nicht die in der Tat schon ermüdend oft beschworene Krise der Sozialdemokratie im Mittelpunkt stehen. Im Gegenteil wollen wir auf ihre Perspektiven und Möglichkeiten, ihre gesellschaftlichen Ressourcen und Interpretationsangebote, ja ihre Notwendigkeit verweisen – sowohl mit Blick auf die Vergangenheit als auch die Zukunft.

Die Sozialdemokratie jedenfalls, so pathetisch das klingen mag, ist mehr als eine Partei – sie ist eine Vorstellung, Ideologie, Gesellschaftsform, politische Richtung, ist Wunsch und Anspruch zugleich. In ihr manifestiert sich die Hoffnung auf eine sozial gerechtere Gesellschaft und der Wille, sie herbeizuführen. Den Zielen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit haben Generationen an Aktivisten ihre gesamte Kraft und Zeit geopfert; das richtige Leben im falschen führen zu können, bauten sie ein dichtes gegenkulturelles Vereinsnetz auf. Auch Verfolgung und Zuchthaus, selbst Todesdrohungen konnten die überzeugungsstarken Anhängerkerne nicht von ihrem Glauben abbringen – ja in diesen Phasen zeigte die Bewegung ihr heroisches Gesicht. Mithin: Wie kaum eine andere politische Richtung brachte die Sozialdemokratie Idealismus hervor. Ihr historisches Wirken überragt – und ist Pfund und Last zugleich.

Denn ihre einst fundamentalistischen Antriebskräfte haben sich im Zeitverlauf reformistisch erschöpft. Von der geschichtsteleologischen Ankunfts-

gewissheit der kommunistischen Idealgemeinschaft ist das tastende Suchen nach der »guten Gesellschaft« geblieben. Wenn überhaupt, denn die Erfolge sozialdemokratischer Politik haben einen Teil der Sozialdemokraten, und ihren aktiven zumal, mit den bestehenden Verhältnissen versöhnt. Sie haben sie entfremdet von jenen, die den Aufstieg nicht schafften, und an die



Stelle grundstürzender Diesseitsutopien eine beflissene Gegenwartszufriedenheit gesetzt.

Unter einem anderen Blickwinkel hat der bedeutende liberale Soziologe Ralf Dahrendorf schon zu Anfang der 1980er Jahre ganz ähnlich die Normalisierung des Sozialdemokratischen mit seinem kommenden Ende assoziiert. Indem ihre Forderungen auch von den politischen Konkurrenten übernommen worden seien, habe die Sozialdemokratie, so Dahrendorf, ihren Daseinszweck erfüllt. Ihrer Ideale enteignet, ihrer Mission beraubt, ihrer Anhänger entfremdet, erscheint die Sozialdemokratie heute verstaubt, ja überflüssig.

Indes mehren sich seit längerem schon die Anzeichen, dass durchaus Bedarf nach sozialdemokratischer Politik besteht, dass sich ihre Kernanliegen nicht erledigt haben, sondern in der Bevölkerung auf breite, in

Umfragen von Mehrheiten geäußerte Zustimmung stoßen – dass aber die Sozialdemokratie selbst mit ihrer Politik im 21. Jahrhundert diese majoritären gesellschaftlichen Erwartungen enttäuscht hat. Dieser Deutung zufolge hat nicht die Verallgemeinerung ihrer Prinzipien die spezifisch sozialdemokratischen Parteien überflüssig gemacht, sondern die fahrlässige Abkehr von den eigenen Idealen eine moralische Leerstelle und politische Repräsentationslücke entstehen lassen – und den gesellschaftlichen Wurzelgrund der Sozialdemokratie ausgetrocknet.

Man sieht schon: Ganz ohne Krise wird auch dieses Heft zur Sozialdemokratie nicht auskommen. Aber im Mittelpunkt stehen doch andere Fragen: Wie muss sich die Sozialdemokratie heute und perspektivisch positionieren? Welchen Bedarf gibt es im 21. Jahrhundert an sozialdemokratischen Inhalten? Was kann die Sozialdemokratie aus ihrer eigenen Geschichte lernen und in die eigene Zukunft mitnehmen? Und nicht zuletzt: Wie sehen die bündnispolitische Perspektiven der Sozialdemokratie jenseits der Großen Koalition aus? Ist die linke Sammlungsbewegung ein Ort sozialdemokratischer Revitalisierung?

Diesen und weiteren Fragen will die vorliegende *Indes* nachgehen. Wie stets, mit einem breiten Spektrum an Texten und Deutungen. Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.



INHALT

- 1 **Editorial**
≡ Jens Gmeiner / Matthias Micus
- >> **INTERVIEW** 7 **»Menschen dürfen nicht Objekte von Entscheidungen sein«**
Ein Gespräch mit Bernd Faulenbach über Traditionen, Krisen und Perspektiven der Sozialdemokratie
- >> **ANALYSE** 20 **Wehret den Anfängen**
Von der notwendigen Selbstreflexion der Sozialdemokratie in Anbetracht des Rechtspopulismus
≡ Kristina Meyer
- 29 **Die notwendige Sozialdemokratie**
Warum Ralf Dahrendorf irrte und was es heute braucht
≡ Thomas Nowotny
- 45 **Was die SPD braucht**
Wie linker Realismus und Idealismus zusammengehen
≡ Nils Heisterhagen
- 49 **»Erfolgreich« regierende Sozialdemokraten**
Politische Aufstiegswege, Richtungs- und Kompetenzprofile
≡ Detlef Lehnert
- 59 **Licht am Ende des Tunnels?**
Reformpotentiale der SPD durch die jüngste Beitrittswelle
≡ Martin Grund / Pauline Höhlich / Hannes Keune
- 70 **Kern-Axiome sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**
Eine historische Herleitung
≡ Nikolaus Kowall

- 79 **Auf zu neuen Ufern?**
Die Labour Party unter Jeremy Corbyn
≡ Klaus Detterbeck
- 89 **Linke Perspektiven in den USA**
Die Suche nach einem neuen sozialdemokratischen Projekt
≡ Thomas Greven
- 98 **Auf eine Nebenrolle reduziert**
Die Parti socialiste in Frankreich
≡ Teresa Nentwig
- 108 **Die soziale Bewegung als Zielbild**
Parteireformen und Gesellschaftswandel im Gleichschritt?
≡ Felix Butzlaff

SAMMLUNGSBEWEGUNG

- >> **ANALYSE** 118 **Warum Aufstehen?**
Zur Zukunft linker Politik
≡ Bernd Stegemann
- 124 **Teil der Lösung oder Teil des Problems?**
Die Hürden der linken Sammlungsbewegung
≡ Robert Pausch
- 130 **»Aufstehen«**
Gegen die gesellschaftliche Spaltung und den Rechtsruck
≡ Christoph Butterwegge
- 135 **Linke Sammlungsbewegung?**
Im Prinzip: Ja! – Aber so?!
≡ Horst Heimann
- 146 **Relaunch**
Warum die gesellschaftliche Linke einen Neuanfang braucht
≡ Benjamin-Immanuel Hoff

SCHWERPUNKT:
SOZIALDEMOKRATIE



»MENSCHEN DÜRFEN NICHT OBJEKTE VON ENT- SCHEIDUNGEN SEIN«

≡ Ein Gespräch mit Bernd Faulenbach über Traditionen, Krisen und Perspektiven der Sozialdemokratie

Die goldene Zeit der Volksparteien scheint generell vorbei zu sein. Wieso aber geht es der Sozialdemokratie in Deutschland so viel schlechter als der Christdemokratie?

Wenn man die CDU als Kontrast heranzieht, muss man berücksichtigen, dass sie die Kanzlerin gestellt hat, die zwar auch Probleme im eigenen Lager hatte, aber im Hinblick auf die Medien erhebliche Vorteile genoss. Die Sozialdemokratie in Europa, mit ihren spezifischen Ausformungen in den einzelnen Ländern, ist in eine recht umfassende Krise geraten. Ein Grund dafür ist das Dilemma, aus dem heraus alle sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien handeln. Sie sind in aller Regel reformistisch und gehen schrittweise vor. Dabei glauben sie meist nicht, ihren großen Zielen hinreichend nähergekommen zu sein, sind also mit ihrer Arbeit immer wieder unzufrieden. Zudem fällt es ihnen schwer, das, was sie erreicht haben – und das ist in der Regel eine ganze Menge – auch klar zu benennen. Das liegt nicht zuletzt an dem Anspruch, Emanzipation vorantreiben, etwas Größeres erreichen zu wollen. Natürlich bleibt man hinter diesen Zielen stets zurück.

Ein weiteres Problem der Sozialdemokratie, in Deutschland wie Europa, besteht meines Erachtens darin, dass sie sich ihrer Mission unsicher geworden ist, die sie lange glaubte, zu haben. Dieses Denken in größeren Zusammenhängen und Zielen ist meines Erachtens in die Krise gekommen. Das hängt auch mit dem Verlust eines sozialdemokratischen Bewusstseins zusammen, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zusammen dachte. Wo die Leute kein Gestern sehen, sehen sie auch kein Morgen mehr, sondern nur noch das Heute und das kurzfristige Handeln. Sozialdemokratisches Handeln ist aber eigentlich Handeln in Perspektive, das, solange es in die

richtige Richtung weist, auch Rückschritte aushält. Dass ebendieses Denken in die Krise geraten ist, fand seinen Ausdruck nicht zuletzt in dem Beschluss der SPD, die Historische Kommission, und damit ein wesentliches Merkmal ihrer Identität, sich als eine langfristig agierende Emanzipationsbewegung zu begreifen, aufzugeben.

Wenn der Kern sozialdemokratischer Unzufriedenheit die unzureichende Umsetzung ihrer größeren Ziele ist, Sie aber zugleich sagen, dass diese Ziele verloren gegangen sind, ist dann das heutige Problem der Sozialdemokraten, dass sie zu zufrieden sind?

Das würde ich so nicht sagen. Die Gegenwart kritisch zu betrachten sowie der Wille, eine neue Gesellschaft der Freien und Gleichen gestalten zu wollen, ist durchaus tief verankert bei vielen Sozialdemokraten. Daran gemessen ist das, was erreicht wird, immer zu wenig. Zugleich ist aber auch die Fähigkeit geringer geworden, dieses Ziel durch gestaltende Politik schrittweise zu realisieren, also nicht nur auf bestimmte Herausforderungen zu reagieren. Das verbindet im Grunde genommen beide Momente. Das Ziel ist nicht mehr hinreichend deutlich und zugleich ist man unzufrieden damit, nicht weitergekommen zu sein.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer mehr als 150 Jahre umfassenden Geschichte zahlreiche dramatische Situationen erlebt, in denen die Parteixistenz bedroht war. Relativiert dies das aktuelle Krisengerede – oder erscheint der heutige Zustand der Partei vor der Projektionsfläche vergangener Krisen sogar noch prekärer?

Krisen wie die Verfolgung unter dem Sozialistengesetz oder die unter dem Nationalsozialismus haben die Partei praktisch infrage gestellt und ihre Fortexistenz unmittelbar bedroht. Die gegenwärtige Krise ist, wenn nicht existenzieller, doch zumindest besonderer Art, denn sie ist nicht ausschließlich von außen herbeigeführt. Eine äußerliche Veränderung besteht in einem gewandelten Parteiensystem mit der Linkspartei und auch den Grünen, die sich zuteilen als links verstehen. Das, was bei der Sozialdemokratie zuhause war, hat sich zum Teil aufgefächert. Auch in der Weimarer Zeit, als es eine relativ starke kommunistische Partei und noch einige Splittergruppen gab, lag die SPD bei manchen Wahlen – sieht man einmal von der Wahl zur Nationalversammlung ab – nicht weit über zwanzig Prozent. Wenn weitere Linksparteien da sind, sinkt der Stimmanteil ziemlich zwangsläufig, so wie es gegenwärtig der Fall ist. Dazu kommen nun die Rechtspopulisten, die als Bewegung aufgetaucht sind und vom sozialdemokratischen Potenzial einiges wegnehmen.

Dennoch sollten Sozialdemokratie und Öffentlichkeit kein zwangsläufiges weiteres Abstiegszenario in den Vordergrund stellen. Es gibt so etwas wie *self-fulfilling prophecies*.

Interessant ist ein wiederkehrendes SPD-Bashing, das ich seit Jahren feststelle. In Interviews wurde Merkel oftmals mit großem Respekt begegnet, wohingegen die Art, wie man mit Gabriel umging und ihm Fragen stellte, ein bisschen rotzig erschien. Die Frage ist, woraus diese Schadenfreude an der SPD resultierte. Sicherlich spielten unerfüllte Erwartungen an die Sozialdemokratie eine Rolle. Manche glaubten auch, sich über den moralischen Anspruch sozialdemokratischer Politik ärgern zu müssen. Vor diesem Hintergrund war natürlich jeder erkennbare Fehler etwas, was an einem bestimmten Bild kratzte.

Sie haben von langfristigen Zielen gesprochen, von der Idee des Sozialdemokratischen. Was, würden Sie sagen, ist im historischen Längsschnitt das charakteristisch Sozialdemokratische?

Ich glaube, dass es bei der Sozialdemokratie eine Identität im Wandel gibt. Wenn sie sich nicht verändert und den Gegebenheiten angepasst hätte, würde es sie auch nicht mehr geben. Dennoch gibt es Grundideen und -werte, die vom 19. Jahrhundert bis heute Bestand haben: dass Menschen weder Objekte von ökonomischen Prozessen noch Objekte von politischer Herrschaft sein sollen. Man will Menschen zu freien Subjekten machen, die über ihre Politik und Ökonomie mitbestimmen, um soziale Verhältnisse zu gestalten. Das ist der Grundimpuls, der sich auch mit dem Wunsch, eine friedliche Welt zu schaffen, verbindet. Die Sozialdemokratie war im Grunde genommen die erste richtige Demokratiebewegung. Sie hat das allgemeine Wahlrecht realisiert und als erste Partei schon im Kaiserreich das Frauenwahlrecht gefordert. Sie hat das parlamentarische System institutionalisiert und auch in Weimar versucht, Demokratie zu realisieren, und zwar nicht nur im staatlichen Bereich, sondern auch im Hinblick auf Wirtschaft und Verteilungsfragen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Dinge nicht einfach hinzunehmen, sondern durch gemeinsames Handeln zu gestalten – das ist genuin sozialdemokratisch. Insofern ist sie nicht nur Demokratiebewegung, sondern schon immer auch ökonomisch-soziale Reformbewegung, die zeitweilig glaubte, in der Abschaffung des Privateigentums die Schlüsselfrage gefunden zu haben, nicht zuletzt aber die Entwicklung dadurch prägte, dass sie den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme vorantrieb. Am Fortschritt orientiert, hat sie diesen immer wieder neu definiert. So ist beispielsweise die ökologische Frage Teil dieses Konzeptes geworden.

Und schließlich ist sie außenpolitisch eine Partei des internationalen Ausgleichs. Sie hat früh für Schiedsgerichte plädiert, für einen Völkerbund, für die Europäische Föderation und für eine Entspannungspolitik im Ost-West-Konflikt. Der aufkommende Populismus und Nationalismus in Deutschland und Europa kann einer Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein.

In Zeiten, in denen wir vielerorts in einen Nationalismus zurückfallen, muss eine Politik gemeinsamer Interessen, ein multilateraler Ansatz verfolgt werden. Diese verschiedenen Komponenten des historisch fundierten sozialdemokratischen Profils müssen zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt werden, das nicht bloß die Summe vieler Einzelforderungen ist, sondern Gesellschaft umfassend zu gestalten versucht. Den Ideen der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit –, die in modifizierter Form als Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wiederaufgetaucht sind, ist im letzten Wahlkampf unzureichend Rechnung getragen worden. Natürlich gibt es Nachholbedarf in Gerechtigkeits- und Gleichheitsfragen, doch der umfassendste Begriff ist der der Freiheit. Gleichheit ist ein Mittel, Freiheit für die große Mehrheit zu erringen. Dafür brauchen wir wiederum gesellschaftliche Solidarität mit den Schwächeren und Sozialsysteme, die ein Absinken größerer Bevölkerungsgruppen verhindern. Diese Begriffstrias kann man sehr logisch zusammenfügen, doch wie Brandt sagte: Der höchste Begriff neben dem Frieden ist doch zweifellos der der Freiheit, einer umfassend gedachten Freiheit. Das würde ich sagen, macht Sozialdemokratie im Kern aus.

Auf krachende Niederlagen reagieren Parteien oft mit Reformprozessen. Unser Eindruck ist: Seit dreißig Jahren wird von den sich avantgardistisch gebenden Reformern stets dasselbe gefordert, nämlich Öffnung, Quoten, Basispartizipation. Können solche Reformen die Revitalisierung der Sozialdemokratie bewirken?

Ich bin im Hinblick auf die Wirksamkeit derartiger Reformen eher skeptisch. Bei den Reformen, die Peter Glotz damals angesetzt hat, gab es durchaus gute Ansätze, wie die Gründung des Kulturforums im Jahr 1983. Dahinter steckte die Vorstellung, kulturelle Hegemonie anzustreben und alle, die sich der Aufklärung im weitesten Sinne verpflichtet fühlten, mit der SPD in Verbindung zu bringen. In diesen Kontext gehört auch die Gründung der Historischen Kommission. »Wir dürfen unsere Geschichte nicht verschlammen lassen«, sagte Glotz plakativ. Sie sollte Mittel sein, sich der eigenen Identität zu vergewissern, ebenso wie Ressource in der öffentlichen Auseinandersetzung. Das waren konstruktive Ideen.

Ich würde sagen, dass man die Kommunikationsstrukturen anschauen und auch verbessern muss. Zum Teil besteht eine gewisse Abgehobenheit

des politischen Betriebes in Berlin, ein fehlender Bezug zur Bevölkerungsmehrheit, die an manchen Berliner Fragen nur bedingt interessiert ist. Die Kommunikation muss zweifellos verbessert, die Ansprechbarkeit erhöht und aufkommende Fragen auch beantwortet werden. Zudem muss man die Möglichkeiten, die das Internet bietet, stärker nutzen, sich auch neuen Kommunikations- und Diskussionsformen öffnen, um der ständig vorherrschenden Aufregung und Entrüstung etwas Rationales entgegenzusetzen.

In erster Linie aber muss die Partei ihr Profil schärfen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Zivilisierung des Kapitalismus. Und die Partei braucht eine mutigere Führung, die Trends der Gesellschaft aufgreift, die anschlussfähig ist an das, was die Menschen gerade denken oder als Problem definieren. Es gilt, die kulturellen Faktoren stärker zu nutzen. Bedeutsam ist, wie sich die Verhältnisse in den Köpfen der Menschen spiegeln. Maßnahmen zählen nicht als solche, sondern müssen erläutert und mit Sinn versehen werden. Dies gilt auch für Ostdeutschland.

Wichtiger als Organisationsreformen sind diese Fragen der Programmatik, der Strategie und der realistischen Analyse der gegebenen Verhältnisse. Basispartizipation kann nicht heißen, auf die Erarbeitung durchdachter Politikkonzepte zu verzichten, mit denen die Basis sich auseinandersetzen kann. Führung und Parteiapparat sind gefragt, Diskussionen anzuregen, die zu relevanten Ergebnissen führen können.

Wie würden Sie – im historischen Rückblick und Verlauf – die Position der SPD zur Europäischen Einigung beschreiben? Welche Akzente müsste die Partei diesbezüglich heute setzen?

Die Europafrage ist schon sehr alt in der Sozialdemokratie. Von deutsch-französischer Freundschaft haben die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten schon vor dem Ersten Weltkrieg gesprochen. Im Heidelberger Programm von 1925 stehen – wenn auch etwas unvermittelt – die Vereinigten Staaten von Europa als Ziel der Sozialdemokratie. Man wollte die nationalen Gegensätze durch Formen der Zusammenarbeit überwinden.

Im Exil haben Sozialdemokraten viel über Europa gehandelt. Ein Teil der sozialdemokratischen außenpolitischen Ziele, richtete sich auf den Aufbau einer Europäischen Föderation. In der Nachkriegszeit kamen sie damit aufgrund der deutschen Teilung nicht zum Zuge. Schumacher wollte Europa-politik nur unter nationalem Vorbehalt machen. Vor Europa stand die deutsche Vereinigung. Doch es gab einige Sozialdemokraten, wie Carlo Schmid, die den europäischen Prozess positiv begleiten wollten. Auch Brandt war jemand, der sehr europäisch dachte, nicht nur ökonomisch, sondern auch

sozial. Mit einer Arbeitsschutzgesetzgebung versuchte man später, eine soziale Charta zu entwickeln. Einiges ist in dem Zusammenhang auf Betreiben der sozialdemokratischen Parteien in Europa auch geschehen. Dieser Prozess ist von der Sozialdemokratie mitgetragen worden, doch war er zu ausschließlich ökonomisch dimensioniert und wurde zunehmend neoliberal geprägt, mit der Tendenz, dass er dadurch auf alle möglichen Bereiche ausgegriffen hat. Alles sollte dem Markt unterworfen werden, auch Bildung, Fernsehen und Rundfunk. Diese Marktdominanz hat der europäischen Idee mit Sicherheit geschadet.

Aus meiner Sicht liegt die gegenwärtige Aufgabe der Sozialdemokratie darin, eine europäische Ordnungspolitik zu machen und die Einhegung des Kapitalismus in Europa voranzutreiben, nicht in detailistischen Versuchen, Marktfragen zu klären.

Es ist beunruhigend, zu sehen, dass Brüssel in vielen Ländern als eine Institution aufgefasst wird, die sie fremdbestimmt. Man muss ein Europa schaffen, in dem man koordiniert und bestimmte Rahmen setzt, auch außenpolitisch, und gegebenenfalls auch verteidigungspolitisch zusammenarbeitet. Zugleich muss es bestimmte Freiräume geben, um das wachsende Gefühl von Fremdbestimmung zu mindern, denn dies ist ein ernstzunehmendes Problem. In manchen Bereichen, wie dem Sicherheitsbereich, vor allem im Kampf gegen Terrorismus und Bandenkriminalität, ist gemeinsames Handeln ebenso notwendig wie im Verteidigungsbereich und in Grundfragen des gemeinsamen Marktes und der Finanzpolitik.

Für ein solches Europa muss das Europäische Parlament ein wirkliches Parlament werden, mit einer Zusammensetzung entsprechend der Bevölkerungszahlen. Dort gibt es aktuell eine erhebliche Verzerrung. Stimme ist nicht gleich Stimme. Und es braucht Initiativrecht. Dass das Europäische Parlament keine Gesetzesinitiativen starten kann, ist geradezu vorsintflutlich.

Gegengewichte eines zu starken Zentralismus kann man anderweitig schaffen. Das muss nicht anhand der Blockade des Parlaments passieren, sondern kann über den Europäischen Rat und dortige Mindestanteile der Zustimmung geregelt werden, die notwendig sind, um bestimmte Gesetze gültig werden zu lassen. Doch das Parlament muss als solches arbeiten können.

Die wahre Gestaltung Europas ist aus meiner Sicht durchaus auch eine intellektuelle Herausforderung. Mir scheint z. B. der Begriff Vereinigte Staaten von Europa als realistisches Ziel in einem überschaubaren Zeitraum eher missverständlich zu sein, denn man muss mit Blick auf die Frage eines europäischen Geschichtsbewusstseins bedenken: Europa hat eine lange Geschichte.

Und so haben die europäischen Länder alle ihre eigenen Geschichten und erzählen sie entsprechend. Sie wollen ein Stück weit eigenständig bleiben. Insofern gilt es einerseits, eine europäische, politische Kultur zu entwickeln. Andererseits werden die unterschiedlichen Kulturen nicht völlig verschwinden, jedenfalls nicht in überschaubarer Zeit. Dieses Europa wird ein vielfältiges Europa bleiben müssen, wenn sich die Leute nicht fremdregiert fühlen wollen. Es muss Bereiche geben, in denen die kulturelle und historische Unterschiedlichkeit zum Ausdruck kommt. Das sind Fragen, die man offener diskutieren sollte.

Steht der von Ihnen skizzierte Staatenbund, angesiedelt zwischen lose verkoppelter Anarchie und Bundesstaat, mit vielen Freiräumen für die einzelnen Staaten aufgrund unterschiedlicher Vergangenheiten und kultureller Prägungen, nicht im Widerspruch zu einer – von Ihnen auch geforderten – Stärkung des europäischen Parlaments?

Ich würde den Begriff des Staatenverbundes (Begriff der BVG-Rechtsprechung) auf absehbare Zeit für tragfähig halten. Einiges geht in Richtung eines Bundesstaates, obgleich es rein rechtlich immer noch die Einzelstaaten sind, die in vieler Beziehung das letzte Entscheidungsrecht haben. Doch man kann die Außen-, Verteidigungs- oder innere Sicherheitspolitik stärker vergemeinschaften, was ich für notwendig halte.

Andererseits gibt es insbesondere den kulturellen Bereich, auch den der Bildung, wo man etwa Schulabschlüsse und Universitätsabschlüsse abstimmen, ansonsten jedoch Freiräume bewahren muss, um kreativ zu bleiben. Man kann Bereiche als europäisch deklarieren, in denen wir eine europäische Rahmengesetzgebung für sinnvoll halten, in denen jedoch nationale und regionale Gestaltungsräume bleiben. In bestimmten Bereichen sollte die Europäische Union und auch das Parlament in besonderer Weise handeln können, in anderen würde ich eine gewisse Kompetenz der Einzelstaaten erhalten, vielleicht sogar an diese zurückgeben.

Kommen wir zu einem anderen Kern des Sozialdemokratischen – der Arbeiterschaft. Sind die neuen Unterschichten unwiderruflich an die politische Rechte verloren? Oder kann und soll die SPD sie zurückgewinnen?

Die Sozialdemokratie sollte durchaus versuchen, Teile der neuen Unterschichten zurückzugewinnen, wenngleich dies nur in einem längeren Prozess möglich sein wird. Folgende Punkte wären in dem Zusammenhang wichtig: Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass das untere Drittel der Gesellschaft nicht weiter von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt wird.

Ich halte es für denkbar, den Mindestlohn weiter anzuheben, ohne dass die Wirtschaft nachhaltig erschüttert wird. Finanz- und Einkommensverhältnisse müssen so geregelt sein, dass auch die unteren Schichten profitieren können.

Außerdem muss im Bereich des Wohnungsbaus etwas passieren, ebenso wie in der Rentenfrage, gerade für diejenigen, die keine nennenswerte Betriebsrente haben oder nicht in der Lage sind, eine zusätzliche Rente anzusparen. Es müssen Regelungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass auch diese Menschen später einmal eine Mindestrente und damit eine gewisse Sicherheit haben. Bestimmte sozialpolitische Dinge, die gerade im unteren Drittel eine Rolle spielen, sind bedeutsam. In diesem Zusammenhang von Relevanz ist das Bemühen von Hubertus Heil, die Langzeitarbeitslosen – die zum Teil in diesem Segment liegen – mit einem aufwändigen Projekt in Arbeit zu bringen. Wenn es funktioniert wie gedacht, ist das ein Signal in diese Richtung.

Ein weiterer Aspekt ist die Globalisierung, die nicht bloß nachzuvollziehen ist, sondern auch gestaltet und eingehegt werden will. Dies kann man, sofern erfolgreich über einige Jahre umgesetzt, auch dem unteren Drittel der Bevölkerung darstellen und die Gründe einzelner Maßnahmen erläutern. Dazu gehören auch Sicherheitsfragen, die man im Hinblick auf die Sorgen der Bevölkerung vor Überfremdung, aber auch vor Einbrüchen und solchen Dingen, ernster nehmen muss.

Zuletzt muss man auch der Frage der Kultur Beachtung schenken. In der Unterschicht ist die Kenntnis von Fremdsprachen im Allgemeinen nicht verbreitet, was selbst im Alltag zu Problemen führt, die sich bei einem hohen Anteil von Ausländern verschärfen. Im Umfeld der Universität, wo möglicherweise Menschen aus zwanzig Nationen zusammenkommen, mag vieles – auf der Basis von Englisch – funktionieren. Doch wenn es, etwa in Schulen, eine oder zwei Minderheiten gibt, die womöglich die Hälfte der Schülerinnen und Schüler ausmachen, entstehen Probleme, die man ernst nehmen muss. Die Mehrheitsgesellschaft kann erwarten, dass auch ihre Kultur ein Stück weit respektiert wird, ohne als fremdenfeindlich denunziert zu werden, wenn sie diese verteidigt. Natürlich ist ein Teil der Leute in dieser Frage verbohrt und sieht die Ursache aller Probleme in der Migration. Diese Menschen sind nur schwer zurückzuholen, doch durch ein Maßnahmenbündel glaube ich, auch diese Gruppe auflockern zu können.

Man muss nicht in allen Punkten identische Positionen haben, doch man muss voneinander wissen, die Legitimität der Anliegen des Anderen erkennen und das Gemeinsame zu akzentuieren versuchen. Das ist möglich, braucht jedoch Zeit. Problematisch ist, dass ein Teil des Proletariats sehr vereinzelt

ist – wenn man zum Beispiel an die hohe Zahl alleinerziehender Frauen denkt. Man müsste in diesem Bereich den Versuch machen, Solidar- oder auch Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, die helfen, dieses neue Proletariat wieder in die Gesellschaft zurückzuführen.

Zahlreiche Autoren sagen, von der Arbeiterkultur ist nur noch die Armut geblieben. Armut führt jedoch zu Rückzug, Abgrenzung und Feindseligkeit anstelle von Solidarität und Engagement. Wie können Solidarstrukturen aufgebaut und damit Toleranz und Offenheit gefördert werden?

In den Stadtteilen funktioniert manches durchaus. Ganztagschulen helfen beispielsweise alleinerziehenden Müttern. Wenn die sozialen Strukturen intakt sind, ist einiges möglich. Die sozialen Umfeldler können dort vieles bewirken. Die Leute müssen eine Anlaufstelle haben sowie das Gefühl, ihre Situation bewältigen zu können. Das muss systematisch von kommunaler Seite angegangen werden. Einerseits müssen wir die Alleinerziehenden finanziell besserstellen, dann aber ihnen mit sozialen Strukturen helfen, was auch Beratung einschließen muss. Bedeutsam ist vor allem praktische Nachbarschaftshilfe zu entwickeln, möglichst mit den Schulen als Zentrum für die Kinder. Auch Kindergärten sind hierfür geeignet.

Gilt mittlerweile auch für die Sozialdemokratie das Schmidt-Diktum, wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen, oder braucht die Sozialdemokratie eine neue Vision für das 21. Jahrhundert? Wenn ja, wie muss diese aussehen?

Zunächst: Schmidt hat bestritten, diesen Ausspruch jemals getätigt zu haben.

Den Begriff der Vision halte ich für anspruchsvoll und vage zugleich. Gewiss braucht die Sozialdemokratie größere Ziele, an denen sie die Politik ausrichtet und die so etwas wie ein Zukunftsbild formen. Da sind einmal bestimmte Gemeinschaftsaufgaben, die als Ziel unstrittig sein müssen, wie Infrastruktur-, Energie-, Klima- oder Bildungspolitik; hier kommt es auf die Ausgestaltung an.

Daneben gibt es das größere Ziel der Zivilisierung des Kapitalismus. Menschen dürfen nicht reine Objekte von Entscheidungen sein. Wir können den Kapitalismus meiner Ansicht nach nicht vollkommen überwinden. Ohne Marktmechanismen kann man sich Gesellschaft schwer vorstellen, doch Kapitalismus kann gezähmt werden.

Außerdem gehört zu dem Bild, das Sozialdemokraten von der Zukunft haben, eine Gesellschaft, in der es gute Arbeit gibt. Menschen brauchen sinnvolle Tätigkeiten und es gibt viele Aufgaben, die in dieser Gesellschaft,

insbesondere im Sozialen, aber auch im Umweltbereich und in vielen weiteren Bereichen, zu machen sind. Zu guter und sinnvoller Arbeit als einem Zukunftsbild der Sozialdemokratie gehört auch ein System sozialer Sicherheit, nicht in dem Sinne, dass der Einzelne keine Verantwortung trägt, doch Menschen dürfen nicht ins Bodenlose fallen.

Dazu kommt, wie schon gesagt, ein Europabild, das die Gemeinsamkeiten pflegt, aber die Legitimität nationaler Kulturen nicht per se infrage stellt, bei allen Versuchen, so etwas wie eine europäische, politische Kultur zu entwickeln.

Nicht zuletzt sind Anforderungen an die digitalisierte Welt zu formulieren, in der es eine Eigengewichtigkeit von Bildung und Kultur geben muss. Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion darüber, was Bildung heute eigentlich meint. Worin soll sie, jenseits von Markt und Utilitarismus, bestehen?

Alle diese Dinge, zu denen noch einige Komplexe wie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören, machen, um nicht Vision zu sagen, ein Leitbild aus, wie man Gesellschaft entwickeln will.

Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei – so haben Peter Lösche und Franz Walter in den 1990er Jahren plakativ die Entwicklung der SPD zusammengefasst. Was für eine Partei sollte die SPD heute zu sein anstreben?

Das Buch war damals ein Versuch, in der SPD Diskussionen anzuregen. Wohl am ehesten könnte ich mit dem Begriff der Volkspartei arbeiten, der sich schließlich mit dem Anspruch verbindet, ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Ein besonderes Maß an sozialer Verantwortlichkeit gehört zu den Genen der Sozialdemokratie. Die breiten arbeitenden Bevölkerungsschichten und Teile des aufgeklärten Bürgertums möchte man nach wie vor zusammenbringen und ich glaube, dass das vielerorts auch möglich ist. Ein Teil des aufgeklärten Bürgertums möchte gesellschaftlichen Zusammenhalt erreichen und verortet sich in der Sozialdemokratie. Im weitesten Sinne benachteiligte Gruppen tendieren ebenfalls zur Sozialdemokratie, dennoch ist die SPD mehr als ein Bündnis von Minderheiten.

Dort ist man weitergegangen, auch im Erscheinungsbild.

Es war längst überfällig, dass man etwa Homosexuelle in dieser Gesellschaft ernstnahm, die Legitimität ihrer Lebensweise anerkannte. Dennoch war zum Beispiel die Ehe für alle aus Sicht des Großteils der arbeitenden Bevölkerung nicht der große Fortschritt der letzten Legislaturperiode. Hinter den durchaus legitimen Minderheitenthemen dürfen die Fragen der großen Mehrheit der Bevölkerung, sozialer und kultureller Natur, nicht zurückbleiben.

Im Zeichen der Zähmung des Kapitalismus sind jedenfalls sowohl die arbeitende Bevölkerung als auch bürgerliche Schichten für die SPD zu gewinnen.

Für die breiten arbeitenden Schichten, so sehr sie enthomogenisiert sind, muss die Sozialdemokratie der wichtigste Adressat sein; allerdings kann sie nicht mehr die alte Arbeiterpartei sein. Arbeitgeber und viele kleine Selbstständige sind mindestens so stark gefährdet, ins Proletariat abzusinken wie Teile der Arbeitnehmerschaft. Viele kleine Existenzen haben früher ihren Ort in der Sozialdemokratie gefunden. Wer eine abgehobene Mittelstandsideologie vertritt, ist wohl nicht in der Sozialdemokratie zuhause, doch es gibt viele aufgeklärte Leute, die in ihren Kleinbetrieben beispielsweise mit Formen von Gewinnbeteiligung experimentiert haben – was aktuell etwas aus der Mode gekommen ist. Dennoch bin ich optimistisch, dass man Teile des öffentlichen Dienstes und auch kleinere Selbstständige dauerhaft an die SPD binden kann.

Die Einführung der Quote war meines Erachtens Mittel, um die Emanzipation der Frauen und Gleichberechtigung innerhalb der Partei zu bewirken. Die Quote selbst sehe ich eher als begrenztes Instrument denn als demokratischen Mechanismus an, schließlich können Quoten die Demokratie einschränken.

Brandt sagte, die SPD müsse das mittlere und untere Drittel miteinander verbinden. Ist die Volkspartei heute, im Kontext gesellschaftlicher Individualisierung, Pluralisierung und Fragmentierung überhaupt noch möglich?

Insbesondere auf der programmatischen Ebene sollte man versuchen, gemeinsame Themen zu entwickeln. Sichere Rente ist zum Beispiel ein Interesse aller, wenn auch für manche dringlicher als für andere. Ebenso die Wohnungsfrage.

Natürlich bleibt ein besonderes Verhältnis zu den arbeitenden Schichten. Auch das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften hat sich inzwischen wieder erheblich verbessert. Diese haben immer noch eine bedeutsame Rolle, auch wenn sie nicht mehr so stark sind wie in den 70er-Jahren. Die Arbeitnehmerorganisationen haben eine natürliche Nähe zur Sozialdemokratie.

Es ist nicht leicht, die enthomogenisierte Arbeitnehmerschaft zu gewinnen, doch über bestimmte sozialpolitische Fragen ergeben sich nach wie vor Möglichkeiten. Zugleich gibt es in der Gesellschaft extreme Formen von Ungleichheit, die man nicht ohne Weiteres hinnehmen kann. Das gilt auch für Teile des Bürgertums.

Außenpolitisch braucht man ein Ziel wie ein aufgeklärtes Modell von Europa, das dann inszeniert wird. Ich denke, für das Ziel, sich für die internationale Ordnung einzusetzen anstatt dem Nationalismus oder *Trumpismus* das Wort zu reden, lassen sich Menschen gewinnen. Es lässt sich sogar ein

deutscher Auftrag formulieren für eine Politik, in der die Zusammenarbeit zwischen den Nationen und die vernünftige Konfliktregelung durch multilaterale Organisationen bewusst gefördert werden.

Dazukommen muss ein überzeugendes Personaltableau. Zur Zeit der Wahl Brandts hat man noch Kandidaten aufgestellt, die breite gesellschaftliche Gruppen repräsentierten. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, ein Personaltableau aufzustellen, das über einen einzigen Kanzlerkandidaten hinausgeht, der schließlich allein als Identifikationsmittel nicht ausreicht. Der SPD mangelte es bei den letzten Wahlen an Professionalität und Vorbereitung. Eigentlich liegt auf der Hand, dass nicht weitergemacht werden kann wie bisher.

Stellt die Wagenknecht-Lafontainsche Sammlungsbewegung eine Chance oder im Gegenteil eine Gefahr für die Sozialdemokratie im Speziellen, die linken Parteien im Allgemeinen dar?

Ich teile die Hoffnungen, die damit bei einigen Leuten verbunden sind, nicht. Die Sammlungsbewegung scheint mir ein Versuch zu sein, die Probleme der Linken zu lösen, jedoch sehe ich die Gefahr, dass eine weitere linke Gruppierung entsteht. Dafür spricht die historische Erfahrung mit jenen Gruppen, die vorhandene Parteien überlagern oder zusammenbringen wollten, wie etwa der Internationale Sozialistische Kampfbund in der Weimarer Zeit und anschließend bestimmte Exilgruppen. Sie wurden alle mit großem Anspruch gegründet und schließlich zu gesonderten Gruppen, jenseits des Gegensatzes von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Mit *Aufstehen* könnte also eine neue Gruppierung entstehen, die die Linkspartei ebenso stören wird wie die Sozialdemokratische Partei, die ich auch aufgrund der Personalstruktur und der Galionsfiguren, nur für bedingt zukunftsfähig halte.

Wagenknecht und Lafontaine gehörten zu denjenigen, die ausgesprochen negativ auf die SPD fixiert waren. Ich traue ihnen die Offenheit nicht zu, die man braucht, um eine Bewegung zu initiieren, die die bisherigen Strukturen überformt und vielleicht auf die Dauer ersetzt. Dafür müssten sie die Eigengewichtigkeit der anderen anerkennen und auch sehen, dass die SPD eine Partei mit mehreren, sehr verschiedenen Flügeln ist. Und sie müssten mit der SPD wie sie ist und nicht mit einer, wie man sie gerne hätte, zusammenarbeiten. Teile der Grünen, die eher zur Mitte tendieren, sind ohnehin nicht zu gewinnen. Das Ganze ist meines Erachtens ein Versuch, der nicht gelingen kann.

Odo Marquard, nicht gerade ein sozialdemokratischer Fahrensman, hat einmal einen Essayband herausgebracht mit dem Titel »Zukunft braucht Herkunft«. Braucht es für die Zukunft der Sozialdemokratie mehr Tradition?

Aus meiner Sicht muss die Sozialdemokratie gerade in der heutigen Situation sich durch Rückbesinnung auf die Geschichte ihrer Identität vergewissern. Ich glaube, dass die sozialdemokratischen Werte und auch bestimmte Traditionen heute noch tragfähig sind, doch müsse sie vor dem Hintergrund neuer Gegebenheiten neu interpretiert werden. Eine genuine Frage der Sozialdemokratie war, wie gesagt, die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und dessen Einhegung. Weitere Impulse sind, Demokratie zu fördern, soziale Sicherheit auszubauen, den Bildungsbegriff weiterzuentwickeln. Auch, die europäische Linie intelligent fortzuführen, ist tief in der sozialdemokratischen Tradition verwurzelt, wenngleich es der Partei in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend gelungen ist, die Wählerschaft in diesem Thema mitzunehmen.

Im Kern sind diese wesentlichen Gedanken alle in der sozialdemokratischen Tradition enthalten. Die dahinterstehenden Werte müssen allerdings benannt werden, die gegenwärtige Situation muss analysiert und die Konzepte auf die gegenwärtige Situation bezogen werden. Vor der Folie der Leitbilder, die ich genannt habe, ist meines Erachtens in der Tat eine neue Zukunft möglich.

Das Interview führten Matthias Micus und Alexander Deycke.



Prof. Dr. Bernd Faulenbach, geb. 1943, ist Historiker an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Von 1989 bis zu ihrer Auflösung im Juli 2018 war er Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.

WEHRET DEN ANFÄNGEN

VON DER NOTWENDIGEN SELBSTREFLEXION DER SOZIALDEMOKRATIE IN ANBETRACHT DES RECHTSPOPULISMUS

≡ Kristina Meyer

Im Januar 2016 riefen drei Essener SPD-Ortsvereine unter dem Motto »Genug ist genug – Integration hat Grenzen. Der Norden ist voll« zu einem »Lichtermarsch« auf. Ihr Anliegen: Mehr als zwei Drittel der in Essen untergebrachten Flüchtlinge seien in nördlichen Stadtteilen angesiedelt worden – ausgerechnet dort, wo der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund mit vierzig Prozent ohnehin bereits sehr hoch liege, ebenso wie die Zahl von Menschen in prekären sozialen Verhältnissen. Die Jusos riefen zum Boykott der Veranstaltung auf, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erklärte, solche Aktionen schadeten dem Ansehen ihrer Partei, die für eine offene und vielfältige Gesellschaft eintrete. André Stinka, Generalsekretär der SPD in Nordrhein-Westfalen, sagte den Marsch nach einem Treffen mit den drei Ortsvereinen ab: Es sei »eine vollkommen falsche Botschaft« an die Bevölkerung gesendet worden, außerdem habe man befürchtet, dass AfD und NPD den Marsch als »Plattform« nutzen würden.¹ Vier Monate später beendete der 46-jährige Essener Bergmann Guido Reil, einer der Befürworter des Protestlaufs, nach 26 Jahren seine Mitgliedschaft in der SPD und trat der AfD bei. Die SPD habe den »Kontakt zu normalen Menschen, zum praktischen Leben« verloren, erklärte Reil: In den Führungsriege der Partei würden nur noch Akademiker akzeptiert. Er selbst bezeichnet sich als »national denkenden, sozialen Demokraten«, als einen, »der dagegenhält und auf Distanz zum Establishment bleibt«.²

Der »Überläufer« Reil ist kein Einzelfall. Aus vielen Ecken der Republik, vor allem aber aus dem Stammland der Sozialdemokratie an Rhein und Ruhr, ist von Parteiübertritten und Wählerwanderungen langjähriger SPD-Anhänger zur AfD zu hören. Die vorgebrachten Beweggründe gleichen sich: Ängste würden von der Partei nicht ernst genommen, Einwände gegen die

¹ Reiner Burger, Flüchtlingspolitik und SPD. Bloß keine falschen Signale senden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2016.

² Daniel Godeck u. Horand Knaup, Stachel im Fleisch, in: Der Spiegel, 18.05.2017.

3 So eine Studie des Leipziger Soziologen Holger Lengfeld; vgl. Martin Machowecz im Interview mit Holger Lengfeld, »Keine ›kleinen Leute‹«, in: Die Zeit, 22.06.2017.

4 Godeck u. Knaup; Leila Al-Serori u. Hannah Beitzer, Wählerwanderung. Neue Heimat rechts, in: Süddeutsche Zeitung, 28.09.2016.

5 Liane Bednarz, Bei AfD-Hardlinertreffen zeigt sich, wie radikal die Partei wirklich ist, in: Huffington Post, 07.08.2018, URL: https://www.huffingtonpost.de/entry/bei-afd-hardliner-treffen-zeigt-sich-wie-radikal-die-partei-bereits-ist_de_5b66ac86e4b0b15abaa40705 [eingesehen am 12.11.2018].

6 Albrecht von Lucke, Volksparteien im Visier. Der Angriff der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2016, S. 5–8, hier S. 6.

7 Thomas Meyer, Kommunitaristen, Kosmopoliten und die »verlorene Arbeiterklasse«, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 3/2017, S. 37–41, hier S. 40; vgl. auch Marc Saxer, Utopie, Technokratie, Kampf, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 11/2013, S. 51–56, hier S. 52f.

8 So Alexander Gauland in einer Rede beim Kyffhäusertreffen 2017.

9 So Björn Höcke während einer Rede in Dresden im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Dresdner Gespräche«, welche von der Jungen Alternative (JA) organisiert wurde.

kommunale Flüchtlingspolitik automatisch abgeblockt und moralisierend in die »rechte Ecke« gestellt, und ohnehin vertrete die SPD längst nicht mehr die Interessen der »kleinen Leute«. Warum kehren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die jahrzehntlang in der SPD aktiv waren, ihr plötzlich den Rücken und unterstützen stattdessen eine Partei, in der völkisch-nationalistisches Gedankengut, ein exklusives Verständnis gesellschaftlicher Solidarität und revisionistische Geschichtsbilder vertreten werden? Wie reagiert die SPD bislang auf diese Abwanderungsbewegung – und könnte ein Blick zurück in die Parteigeschichte für den Umgang mit der AfD womöglich lehrreich sein?

»KÜMMERERPARTEI« STATT »KLEINPARTEI«: WECHSELMOTIVE

Für die Krise der Volkspartei SPD bedeutet der Aufstieg der AfD eine weitere Verschärfung. Obgleich die AfD keineswegs nur »Abgehängte« anzieht und ihre Mitglieder gebildeter und wohlhabender sind als häufig angenommen,³ wirbt sie aus der SPD-Anhängerschaft vor allem die mit Abstiegsängsten konfrontierten Arbeiter und einfachen Angestellten ab.⁴ Von einer einst neoliberalen Anti-Euro-Partei hat sich die AfD längst zu einer rechtspopulistischen Bewegung entwickelt, die über das Thema »soziale Gerechtigkeit« zunehmend auch traditionell linke Wähler zu erreichen versucht. Auch wenn die Konzepte der AfD zur Renten- und Steuerpolitik keinerlei Orientierung an den Nöten der »kleinen Leute« erkennen lassen, arbeitet die Partei an ihrem Image als neue Kümmererpartei. Beim »Kyffhäusertreffen« des neurechten *Flügels* seiner Partei im Sommer 2018 erklärte Björn Höcke, die AfD werde den Linken mit der »sozialen Frage« bald »das Kronjuwel abjagen«.⁵

Derweil befindet sich die SPD auf dem Weg zur »Kleinpartei«, und dies nicht nur im Osten der Republik: Nach dramatischen Verlusten bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg 2016, wo sich das Wahlergebnis jeweils halbierte und die Sozialdemokraten hinter den Rechtspopulisten landeten, sprach Albrecht von Lucke mit Blick auf die AfD von einer »Überlebensfrage« für die SPD – »nämlich als Volkspartei«.⁶ Ihre jahrzehntelang wirksamen »Bindekräfte« seien vielerorts verloren gegangen, so Thomas Meyer, Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft*, und »auf verquere Weise von den Rechtspopulisten ersetzt worden«. Den »Identitäts-Kommunitaristen« der AfD gelinge nicht nur das Abwerben vormaliger SPD-Wähler, sondern »allmählich auch deren kulturelle Einbindung in neu entstehende Milieus«.⁷

Wer nach langjähriger Verbundenheit mit der SPD nun die AfD unterstützt, der tut dies vermutlich nicht, weil er die »Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«⁸ endlich gewürdigt sehen will oder die Legitimität eines »Denkmals der Schande«⁹ hinterfragt. Wähler mit solchen

Enttabuisierungs- und Relativierungsbedürfnissen strömen der AfD wohl eher von den Erben der »Stahlhelmfraktion« am rechten Rand der Unionsparteien zu. Unter den Anhängern der SPD sind es vor allem die seit der Agenda 2010 Enttäuschten, deren Groll nun in der »Flüchtlingskrise« einen Katalysator und Kristallisationspunkt gefunden hat und in aktiven Protest umgeschlagen ist. Hinzu gesellen sich weitere Motive für den Wechsel: Begeisterung für die rebellische Anti-Mainstream-Pose der AfD, Gefallen an einem kollektiven *Outsider*-Gefühl, aber auch schlichte Karrierechancen in einer neuen Partei, die mit jedem weiteren Einzug in Parlamente von der Kommunal- bis zur Bundesebene viele neue Posten und Pöstchen zu besetzen hat.¹⁰ Völkisch-nationalistische Stimmen, die nach dem Ende der Ära Lucke und dem Abgang von Frauke Petry in der AfD immer lauter geworden sind und inzwischen weit über den rechtsnationalen Flügel um Björn Höcke und André Poggenburg hinaussschallen, werden von SPD-Renegaten zwar meist nicht gutgeheißen, aber kleingeredet.

ANGSTDISKURSE UND IHRE VERSCHIEBUNGEN

Betrachtet man die Reaktionen prominenter Sozialdemokraten und parteinaher Fachleute auf den Aufstieg der AfD seit 2013/14, so bestimmt die Formel »Gelassenheit, Widerspruch und Wachsamkeit«¹¹ den Tonfall. Gefordert wird stets eine Differenzierung zwischen dem Umgang mit der Parteiorganisation und dem mit ihrer Anhängerschaft – vor allem mit Blick auf die Frage nach den Motiven der AfD-Wähler sowie den Bedingungen ihrer Rückeroberung. Bei etwa der Hälfte von ihnen handelt es sich nach Erkenntnissen der Wahlforschung um »Unbelehrbare« und »Überzeugte«, bei der anderen Hälfte um »Protestwähler«, die umzustimmen möglich sei.¹² Fixpunkt des sozialdemokratischen Diskurses über diese AfD-Protestwähler ist der Begriff der Angst: Für viele Menschen sei die »Angst vor Verschlechterung [...] zentrales Lebensgefühl« geworden, so Sigmar Gabriel Anfang 2016, und die Flüchtlingssituation habe den damit verbundenen »Vertrauensverlust in das demokratische System« verstärkt. Statt darauf ausschließlich mit Abweisung zu reagieren, solle sich die SPD »mit den Motiven dieser wachsenden Entfremdung auseinandersetzen«. Gefragt seien daher eine »Dialogoffensive und politische Angebote der SPD an diejenigen, die nicht rechtsradikal sind, sich aber dennoch abgewandt haben von unserer Demokratie und die sich in den politischen und wirtschaftlichen Elitendialogen längst nicht mehr wiederfinden.«¹³ Zugleich müsse unmissverständlich klargemacht werden, dass die von der AfD betriebene »national-chauvinistische Perversion des Solidaritätsgedankens, nämlich: Solidarität nur unter Deutschen und Ausschluss

10 Vgl. Godeck u. Knap.

11 Thomas Oppermann, Fremde Federn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.02.2018; Vgl. auch Jasper von Altenbockum, Wer hat Angst vorm Dämon AfD?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.2016.

12 Vgl. z. B. Hans-Joachim Schabedoth, Die Zuspitzung muss jetzt beginnen, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 7–8/2016, S. 74 ff., hier S. 75 f.

13 Sigmar Gabriel, Deutschlands Zukunft schreiben, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 1–2/2016, S. 63–66, hier S. 64.

aller anderen« von den wahren Ursachen sozialer Probleme ablenke und nichts zu deren Lösung beitrage.¹⁴

Die nicht nur von Gabriel kritisch beäugte Diskursverschiebung »vom Sozioökonomischen weg und hin zum Soziokulturellen«¹⁵ findet auch Widerhall in der SPD: Wolfgang Thierse forderte mehrfach, gerade die kulturell begründeten Ängste der Menschen ernst zu nehmen, denn diese seien das Hauptmotiv für eine Wahlentscheidung zugunsten der AfD: »Das Gefühl breitet sich aus, fremd zu werden im eigenen Land.«¹⁶ Da diesen »Entheimungsbefürchtungen« vieler Deutscher nicht mit »Beschimpfungen« und »Gesprächsverweigerung« beizukommen sei,¹⁷ solle die SPD »damit aufhören, kulturelle Identitätsfragen« und Debatten über den Heimatbegriff »arrogant abzuwehren«.¹⁸ Noch weiter vor wagt sich im Sommer 2016 Michael Bröning, Mitarbeiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und Autor des Buches *Lob der Nation. Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen*. Anstatt die »Sorgen und Nöte« der Menschen »als Problem fehlgeleiteten politischen Bewusstseins zu brandmarken«, müsse die SPD ihnen eine »Synthese aus sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik mit partiell auch konservativeren Normen im identitären Bereich« bieten und sich darauf besinnen, dass die »gemäßigte Linke [...] immer auch den Interessen der Arbeiterklasse im nationalen Rahmen verpflichtet gewesen« sei. Die in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik erfolgreich praktizierte »Strategie der gesellschaftlichen Ächtung« gegenüber Parteien am rechten Rand, den sogenannten *Cordon sanitaire*, hält Bröning mit Blick auf die AfD außerdem für deplatziert, weil das »Ursachen, Motive und Charakter« des gegenwärtigen Rechtspopulismus außer Acht lasse. Bei der AfD, die allzu vorschnell mit Neofaschisten gleichgesetzt werde, handelt es sich nach Auffassung Brönings um eine »vielschichtige«, »demokratisch aufgestellte« Partei – »trotz partieller Querverbindungen ins rechtsextremistische Milieu«.¹⁹

DEMASKIERUNG STATT DETHEMATISIERUNG

»Vielschichtig« ist die AfD allein mit Blick auf ihre wachsende Wählerschaft, wohl kaum aber hinsichtlich ihrer Programmatik und Propaganda. Ob Sozial- und Wirtschaftspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Familien- und Erziehungspolitik oder Kultur- und Geschichtspolitik: Fluchtpunkt ist stets ein völkisch-nationalistischer Begriff von Zugehörigkeit und Solidarität, ein kulturelles und territoriales Abgrenzungsstreben, eine antimoderne Fixierung auf traditionelle Lebensmodelle sowie ein um die Schimäre vom »Schuld-komplex« kreisendes relativistisch-apologetisches Geschichtsbild. Die Kernbotschaften der Wählerwerbung kreisen dabei fast ausschließlich um das

14 »Der Wut eine Stimme geben«, SPIEGEL-Gespräch SPD-Chef Sigmar Gabriel, in: Der Spiegel, 14.05.2016.

15 René Cuperus, Keine internationale Solidarität ohne nationale Solidarität. Wie soll die Sozialdemokratie auf die AfD reagieren? Eine Replik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 3/2017, S. 49–55, hier S. 52; vgl. auch Thomas Meyer, Ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 7–8/2016, S. 4–8.

16 Wolfgang Thierse, Leitkultur? Kulturelles Selbstbewusstsein!, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 11/2017, S. 30–34, hier S. 31.

17 Wolfgang Thierse, Zwischen Ängsten und Ressentiments, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 3/2015, S. 12 ff., hier S. 12.

18 Thierse, Leitkultur? Kulturelles Selbstbewusstsein!, S. 31.

19 Michael Bröning, Wie man Rechtspopulismus (nicht) bekämpft, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 6/2016, S. 56–61, hier S. 57.

Thema »Überfremdung«, das zur zentralen Ursache einer vermeintlichen »Identitätskrise« Deutschlands hochstilisiert wird, bis hin zur wahnhaften Rede von einer bevorstehenden »Umvolkung«. Durchaus berechnete Ängste vor sozialem Abstieg werden konsequent auf dieses eine Thema hin zugespielt, ethnisch-kulturell aufgeladen und weiter geschürt, flankiert von einer gebetsmühlenartigen Klage über den »Meinungs-Mainstream«, die »Merkel'sche Kanzlerdiktatur« und die Suggestion einer »Notwehrsituation« des »deutschen Volkes«. Dabei liegt es mitnichten im Interesse der AfD, Ängste oder gar Ressentiments gegen »andere« abzubauen, sondern sie im Sinne ihrer auf »kulturelle Schließung« zielenden Identitäts- und Abschottungspolitik weiter zu befeuern.²⁰

Was Michael Bröning vor zwei Jahren zu »partiellen Querverbindungen« trivialisierte, offenbart sich inzwischen als systematische Vernetzung von Teilen der Partei sowohl mit der »Neuen Rechten« und der »Identitären Bewegung« als auch mit altbundesrepublikanischen Nationalkonservativen – und diese Vernetzung ist nicht etwa ein sektiererisches Randphänomen, sondern dringt immer weiter in den »Mainstream« der Partei vor.²¹ Falls sich die AfD fortan verstärkt an Götz Kubitschek orientiert, dem »geistigen Anführer« der Neuen Rechten und Stichwortgeber des »Flügels«, wird die Sehnsucht nach einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung mit dem Ziel einer völkisch-nationalen Revolution bald auch in die politische Alltagskommunikation eintröpfeln – etwa wenn die AfD beginnt, mit ihrer jüngst gegründeten Desiderius-Erasmus-Stiftung historisch-politische »Aufklärungsarbeit« zu betreiben. Wenn, wie jüngst im Kontext der rechtsradikalen Ausschreitungen in Chemnitz, aus den Reihen der AfD Stimmen laut werden, die Selbstjustiz gegen vermeintliche »Messermigranten« zur »Bürgerpflicht« erklären oder bereits eine »Revolution« herbeireden, bei der irgendwann »die Funkhäuser sowie die Presseverlage gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt« werden,²² dann lässt sich kaum mehr von einer »demokratisch aufgestellten« Partei reden, sondern viel eher von einer fortschreitenden Radikalisierung und einer Annäherung an die offen verfassungsfeindliche Neonazi-Szene, ihre Sprache und ihre Aktionsformen.

Ralf Melzer, ebenfalls Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, forderte in seiner scharfen Replik auf Bröning daher zu Recht eine »Demaskierung« der AfD, ihrer ausschließlich mit Ängsten operierenden Strategie und auch ihrer »vielfältigen Querverbindungen mit dem neurechten Lager«. Auf Brönings Kritik, die Artikulation von »Alltagsängsten« werde von den etablierten Parteien vorschnell und fahrlässig als »rechtsextreme Hetze« herabgewürdigt oder bloßgestellt, erwiderte Melzer, es seien nicht deren Ängste – »ob

20 Vgl. Holger Lengfeld u. Clara Dilger, Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 47 (2018), H. 3, online veröffentlicht am 11.08.2018, URL: <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2018-1012> [eingesehen am 12.11.2018].

21 Vgl. Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 26.

22 Vgl. Tweet des AfD-Bundestagsabgeordnete Michael Frohnmeier, 27.08.2018; Facebook-Seite der AfD-Fraktion Hochtaunuskreis, 29.08.2018.

begründet oder herbeifantasiert« –, die »faschistoid« oder »Ausdruck von Menschenfeindlichkeit« seien, sondern bestimmte Reaktionen darauf«, nämlich »Wut und Hass« sowie »Abwertung anderer«. Verständnis sei daher vollkommen fehl am Platz – ebenso wie eine Aneignung von Themen oder gar Parolen, die von der AfD gezielt gesetzt würden, um konstruierte Ängste weiter zu schüren.²³

Noch deutlicher positionierte sich Jürgen Habermas, als er im Herbst 2016 eine schlichte »Dethematisierung« des Rechtspopulismus forderte: Den Urfehler der etablierten Parteien im Umgang mit der AfD sieht er in der Anerkennung der von ihr definierten Front »Wir« gegen das System« und damit auch der Legitimität ihrer Themensetzung. Statt um die »besorgten Bürger« »herumzutanzeln«, sollten die demokratischen Parteien sie »kurz und trocken als das abtun, was sie sind – der Saatboden für einen neuen Faschismus.«²⁴ Gleichzeitig sei die Bereitschaft gefragt, »innenpolitisch eine ganz andere Frontlinie« aufzumachen und sich wieder auf die Kernfrage zu besinnen: wie »gegenüber den zerstörerischen Kräften einer entfesselten kapitalistischen Globalisierung« wieder »politische Handlungsmacht« zurückerlangt werden könne. Auch wenn ihm darin gerade mit Blick auf die krisengeschüttelte SPD sicher beizupflichten ist, so erscheint eine »Dethematisierung« der AfD spätestens seit dem Einzug von 94 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag nicht nur impraktikabel, sondern mit Blick auf die Wiedergewinnung ihrer Wählerinnen und Wähler geradezu fahrlässig. Dennoch spricht Habermas das zentrale Dilemma an: Es muss gelingen, die angstschürenden Strategien und Parolen der AfD zu entlarven, ohne das für ihre Wähler offenbar so reizvolle Außenseiter-Image der Partei noch weiter zu befördern – und dabei gleichzeitig zielführende Strategien und Angebote zur Beseitigung sozialer Ungleichheit und Verunsicherung zu liefern.

BLICK ZURÜCK NACH VORN

»Wehret den Anfängen«, der vielzitierte Warnspruch der antifaschistischen Bewegung, hat sich durch jahrzehntelanges Wiederholen in der Formelsprache einer ritualisierten Erinnerungskultur zu einer ahistorischen Phrase abgeschliffen. Genau jetzt täte die SPD aber gut daran, diese Formel zu neuem Leben zu erwecken und sowohl mit Inhalten als auch mit konkretem Handeln zu füllen. Die aktuell zu beobachtende Radikalisierung der AfD erinnert ebenso wie ihre wachsenden Wahlerfolge an die Spätphase der Weimarer Republik, in der allzu viele politische Akteure – auch in der Sozialdemokratie – das Gefahrenpotenzial der NSDAP auf fatale Weise unterschätzten und Chancen ungenutzt ließen, ihr rechtzeitig – nämlich weit vor der

23 Ralf Melzer, Demaskieren statt berücksichtigen!, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 7–8/2016, S. 77–82, hier S. 79 ff.

24 Jürgen Habermas, Für eine demokratische Polarisierung. Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 11/2016, S. 35–42, hier S. 38 ff.